

Kommentiert

Historische Fußnote

Von Olaf Standke

Fast vergessen ist, dass dieses 36 000-Einwohner-Städtchen vor 300 Jahren kurzzeitig sogar einmal Hauptstadt der entstehenden Vereinigten Staaten von Amerika war. Nach dem Willen von USA-Präsident Bush sollte in Annapolis nun Weltgeschichte geschrieben werden. Doch Ergebnis der mit viel diplomatischem und medialem Aufwand inszenierten Nahostkonferenz sind trotz eines vereinbarten zeitlichen Verhandlungsrahmens vor allem Versprechungen. Und davon gab es in dem leidvollen Konflikt in den vergangenen Jahrzehnten mehr als genug. Zudem saß mit der im Gaza-Streifen regierenden radikal-islamischen Hamas eine entscheidende Größe im nahöstlichen Kräfteparallelogramm erst gar nicht am Konferenztisch.

Kaum jemand in der Region mag angesichts aufgewärmter Absichtserklärungen an den angekündigten Frieden im Eilzugtempo glauben, so sehr viele auch hoffen. Wurde doch in Annapolis keines jener Probleme angepackt, die für die Errichtung eines lebensfähigen palästinensischen Staates und damit letztlich auch für Israels Frieden essenziell sind, ob nun Grenzziehung, Jerusalem-Status, Siedlungsbau oder die Rückkehr der Flüchtlinge. Ganz davon abgesehen, dass Israel mit seinem völkerrechtswidrigen Vorgehen in den besetzten Gebieten denkbar schlechte Bedingungen für eine solche Staatsgründung verantwortet und über den Palästinensern das Damoklesschwert des Bürgerkrieges hängt. So spricht vieles dafür, dass Annapolis eine Fußnote der Geschichte bleibt.

Die Wut der Verzweiflung

Von Uwe Sattler

Nicolas Sarkozy hat hartes Vorgehen gegen junge Randalierer angekündigt. Der französische Herbst 2005 soll sich nicht wiederholen, obwohl manches gerade dies befürchten lässt: Wieder starben Jugendliche in den Vorstädten, wieder waren Polizisten an den Todesfällen beteiligt, erneut löste ein Zwischenfall Straßenschlachten aus – und abermals sollen die Sicherheitskräfte die Probleme auf ihre Weise »lösen«.

Es mag sein, dass die beiden Jugendlichen aus Villiers-le-Bel durch einen tragischen Unfall ums Leben kamen. Tatsache ist allerdings, dass sich an der Situation – und damit am aufgeheizten Klima – in den Vorstädten nichts geändert hat: Da braucht es nur einen Funken, um einen neuerlichen Flächenbrand auszulösen.

Also muss sich auch Präsident Sarkozy die Frage stellen lassen, was seine »Reformpolitik« den sozial Ausgegrenzten bringt. Die von der französischen Regierung durchgepeitschten Vorhaben – wie die neuen Steuererlasse – nützen vor allem der Wirtschaft. Von vornherein bekannt war, dass das Sarkozy-Programm auf der anderen Seite nicht wenige Verlierer haben wird. Dies müssen derzeit gerade die um die Höhe ihrer Renten fürchtenden Beschäftigten der Staatsbetriebe und die von Kürzungen betroffenen Angestellten des öffentlichen Dienstes erleben. An einigen Bevölkerungsschichten geht der »Modernisierungskurs« aber ganz und gar vorbei. Die Vorstädte scheinen für den Staatschef nur in dessen Rhetorik gegen »Gesindel« zu existieren. Der »Präsident aller Franzosen«, der Sarkozy sein wollte, ist jedenfalls nicht in Sicht.

Im KMK-Bunker

Von Jürgen Amendt

Chancengleichheit mangelhaft – erneut erteilt eine Schulstudie dem deutschen Bildungswesen ein vernichtendes Urteil. Die Chancen für Oberschichtskinder gegenüber Kindern aus einfachen Verhältnissen, von der Grundschule eine Empfehlung für das Gymnasium zu erhalten, sind sogar noch größer geworden. Der Befund dokumentiert aber auch die Lernunwilligkeit der Politik. Kennzeichnend dafür ist die Öffentlichkeitsarbeit der Kultusministerkonferenz (KMK). Während die PISA-Forscher bereits vorgestern, also eine Woche vor Veröffentlichung der neuen PISA-Ergebnisse über Testfragen und -methoden informierten, mauerte die KMK bei IGLU bis zuletzt. Nichts, aber auch gar nichts drang aus dem KMK-Bunker an die Öffentlichkeit.

Die KMK hat sich dadurch nur noch tiefer in ihren Schützengraben eingebuddelt. Man will sich »sein« Schulsystem nicht von den Bildungsforschern aus dem In- und Ausland schlechtreden lassen. Wer aber niemals über den Rand des Schützengrabens blickt, ist dazu verdammt, den ewigen Stellungskrieg fortzusetzen. Dabei muss die konservativ dominierte KMK nicht einmal einen Bückling vor den Linken machen, ein Blick ins eigene Lager würde schon reichen: In der Wirtschaft nämlich werden die Rufe nach einer späteren Aufteilung der Schüler immer lauter.

Leserbriefe

Logische Folgerung

Zu »Vom Metzger zum Schlachter« (ND vom 28.11.) Oswald Metzger ist bei den Grünen ausgetreten. Endlich, könnte man meinen. Und dabei sah es während der rosa-grünen Koalition gar nicht danach aus. Die Agenda 2010 und Hartz I bis IV wurden unter starker und tatkräftiger Mithilfe der Grünen und vor allem ihres Haushaltsexperten Metzger durchgepeitscht. Wobei mit durchgepeitscht vor allem die Ärmsten der Armen Deutschland gemeint sind.

Die Grünen, ursprünglich als ökologische und linke Friedensbewegung gegründet, verließen diesen Pfad nach dem Freitod von ihren Mitbegründern Kelly und Bastian. Sie wollten mit aller Macht an die Regierung und haben nach der Annäherung an die SPD dieses Ziel schließlich unter Joseph Fischer geschafft. Die große Stunde für Metzger war ge-

kommen. Doch während er auch nach dem Ende der rosa-grünen Koalition für den rechten Flügel der Grünen, die sogenannten Realos, stand und Sozialhilfeempfänger als Alkoholiker beschimpfte, besannen sich andere vor allem auf Grund der schlechten Umfrageergebnisse auf ihre Wurzeln.

Dass für Metzger lediglich Union oder FDP als neue politische Heimat in Betracht kommen, ist die logische Schlussfolgerung seines Werdegangs.

Uwe Höntzsch
10243 Berlin

Fehlende Definition

Oswald Metzger ist bei den Grünen ausgetreten, weil sie zu links sind, die SPD will linke Volkspartei sein, hat ein neues linkes Parteiprogramm und eine neue linke Juso-Vorsitzende, DIE LINKE ist sowieso links und bei Wahlumfragen haben diese drei Parteien eine Mehrheit.

Eine Bundesregierung aus SPD, LINKEN und Grünen würde mit Abstand mehr soziale und ökologische Gerechtigkeit zustande bringen als die jetzige Regierung. Also fehlt nur noch eine gemeinsame Definition darüber, was links ist. Die wäre auch zu finden, wenn alle wollen würden ...

Dennis Klingenberg
28779 Bremen

Lukullus in Paris

Zu »Im Müllschlucker der Geschichte« (ND vom 27.11.) Das im Zusammenhang mit der Würdigung einer Lukullus-Neuinszenierung an der Komischen Oper zu Berlin angesprochene Schicksal dieser Dessau-Brecht-Oper zu DDR-Zeiten verdient eine Ergänzung. Auch das Leipziger Opernhaus bot schon 1957 eine viel beachtete Inszenierung des Lukullus mit Ferdinand Bürgmann in der Titelrolle. Sie erhielt damals eine Einladung zum Festival

»Theatre des Nations« in Paris und erlebte dort fünf Aufführungen, die vom verwöhnten Pariser Publikum und der Kritik sehr gut aufgenommen wurden.

Familie Grampp
Berlin

Eigenartige Preisung

Ich finde es schon sehr eigenartig, dass die Regierung, besonders die CDU, Hartz IV als Erfolg preist, denn gegenwärtig befinden wir uns in einer Aufschwungperiode, also einer Periode mit guter Konjunktur. Da sinkt die Arbeitslosigkeit fast automatisch, auch ohne Hartz IV (ALG II). Also ist das Sinken der Arbeitslosigkeit kein Verdienst der Agenda 2010 bzw. der Hartzgesetzte. Deshalb: Weg mit Hartz IV!

Wie wird aber die Regierung reagieren, wenn die Rezessionsperiode wieder herrscht? Dann wird die Arbeitslosigkeit steigen und

Hartz IV kann wohl nicht mehr als Erfolg gefeiert werden, wie uns die Regierung dies derzeit verkauft.

Wolfgang Gansauge
04209 Leipzig

Bemerkenswert

Zu »Offener Schlagabtausch zwischen Uribe und Chávez« (ND vom 27.11.)

Bemerkenswert ist der Sinneswandel von Präsident Uribe, der Chávez noch am 21. November als einzige Hoffnung auf eine Freilassung der Geiseln bezeichnet hatte, da er der einzige sei, den die FARC-Rebellen respektieren.

Die US-Regierung teilt diese Ansicht offenbar nicht, denn noch am gleichen Tag kritisierte der US-Botschafter in Kolumbien, William Brownfield, die Verhandlungsversuche von Präsident Chávez, mit dem er persönlich nur allzu vertraut ist. Brownfield war USA-Gesandter in Venezuela und

löste dort mehrere diplomatische Konflikte aus, bevor er nach Kolumbien versetzt wurde. Die Tatsache, dass Kolumbien jährlich etwa 600 Millionen US Dollar an militärischer Unterstützung von Washington erhält, dürfte hier ebenfalls eine Rolle gespielt haben. Uribe sollte auf den Rat des französischen Präsidenten Sarkozy und der betroffenen Familien hören und endlich die Rettung der Geiseln vor jegliche politischen und wirtschaftlichen Selbstinteressen stellen.

Christian Möller
23812 Wahlstedt

Beiträge in dieser Rubrik sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wählender Kürzungen vor. E-Mails können nur bei Angabe des vollständigen Namens und des Wohnortes berücksichtigt werden.

Andreas Scheuerle, Dekabank-Volkswirt, zu den hohen Kraftstoffpreisen.



Chance für Frauenfußball?

Marketingexperte Gerd Nufer zum T-Mobile-Ausstieg aus dem Profiradsport

● Hat T-Mobile für seinen Ausstieg als Sponsor aus dem Profiradsport den richtigen Moment erwischt?

Nein, ganz sicher nicht. Die haben den richtigen Zeitpunkt verpasst. Der wäre bereits im Frühjahr gewesen, kurz nach den ersten Dopinggeständnissen von Fahrern ihres Rennstalls.

● Die damals verkündete Strategie, sich als Antidopingkämpfer zu profilieren, ist gescheitert, oder?

Sicherlich. Das Signal lautet nun: Wir haben uns geirrt. Der Radsport ist doch nicht so leicht vom Doping zu befreien, wie wir ursprünglich meinten.

● Viel Geld schaffe viel Leistungsdruck und damit viel Doping, sagt man. Im Umkehrschluss hofft man, weniger Geld führe zu weniger Doping. Teilen Sie diese Hoffnung?

In einigen anderen Bereichen des Sports geht es um Summen, die vergleichbar sind mit dem Verdienst von Radprofis. Auch im Doping werden häufig Parallelen unterstellt. Allerdings ist zu befürchten, dass auch dort gedopt wird, wo vergleichsweise wenig zu verdienen ist. Ich weiß nicht, wie stark der Zusammenhang zwischen Geld und Doping letztlich ist.

● Welchen Schaden trägt die Marke T-Mobile davon?

Für die Telekom ist der Schaden

Fragwürdig



Dr. Gerd Nufer ist Professor an der School of International Business, Reutlingen. Er lehrt und forscht zu Marketing.

Foto: privat

eher begrenzt. Anders als etwa die Marke Gerolsteiner, die hauptsächlich über den gleichnamigen Rennstall bekannt geworden ist, engagiert man sich bekanntlich auch anderswo, etwa als Trikotsponsor bei Bayern München. Die Identifikation erfolgt also über unterschiedliche Wege. Das macht das Unternehmen weniger abhängig.

● Was bewirkt Sportsponsoring eigentlich?

Es hat zwei Aspekte: Einer ist, die Bekanntheit der Marke zu steigern. Das gelingt einem Namenssponsor bei sportlichen Erfolgen – wie etwa mit Jan Ullrich – besonders gut. Darüber hinaus wird ein positiver Imagetransfer zwischen erfolgreichem Sportler und Sponsor angestrebt. Das war das entscheidende Feld für Telekom und T-Mobile in den letzten Jahren.

● Sponsoren steigen reihenweise vom Rad. Wiesenhof, Gerolsteiner, nach T-Mobile gestern auch Adidas. Ist das das Ende?

Nicht unbedingt. Das Ex-T-Mobile-Team will ja weitermachen. Hinsichtlich der öffentlichen Wahrnehmung ist der Rückschlag jedoch beträchtlich. Der Radsport war auf dem besten Wege, sich in Deutschland als Sportart Nr. 2 hinter dem Fußball zu etablieren. Nun müssen alle Beteiligten viel Arbeit und Geduld investieren, um wieder Glaubwürdigkeit herzustellen. Erst wenn diese gewährleistet ist und über die Medien an die Konsumenten transportiert wird, kann der Sport erneut positive Aufmerksamkeit erzeugen. Doch das wird dauern.

● Was sollte T-Mobile aus Marketing-Gesichtspunkten am besten mit dem eingesparten Geld machen?

Ich glaube nicht, dass so viel Geld eingespart wird. Es ist für T-Mobile sicher mit einem finanziellen Aufwand verbunden, aus einem gültigen Vertrag vorzeitig auszusteigen. Mit den verbliebenen Mitteln kann T-Mobile seine bereits vorhandenen Sponsoringaktivitäten ausbauen oder sich neue Felder suchen, so wie es Anfang der 90er Jahre auch mit dem Radsport geschehen ist.

● Was böte sich da an?

Vielleicht der Frauenfußball. Die deutschen Frauen sind zweimal in Folge Weltmeisterinnen geworden, die nächste WM findet im eigenen Lande statt.

Fragen: Tom Mustroph

Personalien

Einser-Jurist



Klaus Tolksdorf

sitzt dem für Staatsschutzsachen zuständigen 3. BGH-Senat vor.
Foto: dpa

Gestern hat der 3. Senat des Bundesgerichtshofes (BGH) Klartext gesprochen: Die militante Gruppe (mg) sei »lediglich eine kriminelle und keine terroristische Vereinigung«. Im Fall des Soziologen Andrej Holm hatte sich der Vorsitzende Richter Klaus Tolksdorf noch jeglicher Wertung enthalten. Gegen Holm bestehe kein »dringender Tatverdacht«, Mitglied der mg zu sein, so der BGH damals.

Solche Entscheidungen sind für Bundesrichter Klaus Tolksdorf (59) typisch. In Gelsenkirchen geboren, wurde er zunächst Polizist wie sein Vater. Angeblich hat er sich im Streifenwagen aufs Studium vorbereitet, das er als »Einser«-Jurist abschloss: Erst Richter in Bonn und Hamm, wurde er wissenschaftlicher Mitarbeiter am BGH und am Bundesverfassungsgericht. 1992 kam er als Richter zum BGH. Seit 2001 Vorsitzender des 3. Strafsenats, wurde er durch eine Reihe spektakulärer Urteile bekannt, die teils Unverständnis der Öffentlichkeit, teils Schelte der Bundesanwaltschaft und von Bundesinnenminister Schily, ja sogar des Bundesverfassungsgerichts auslösten. Der Grund: Tolksdorf nimmt die »Tatsachenfeststellungen« der Vorinstanz, die die Ermittlungen auslösen, selbst dann hin, wenn dahinter nur »Überzeugungen« der Richter stecken oder sie – so im Fall der Korruptionsvorwürfe gegen Wuppertals Oberbürgermeister Kremendahl – völlig abwegig sind. Dafür geht er umso penibler mit der Beweiswürdigung ins Gericht. Das führte für Kremendahl und seinen Sponsor zur Bestätigung der Freisprüche, im Untereprozess gegen die Banker Ackermann und Co. wegen Millionen-Abfindungen bei Mannesmann aber zu deren Aufhebung.

Völlig gegensätzliche Revisionsurteile fällt Tolksdorfs Senat auch gegen zwei vermeintliche Helfer der Attentäter vom 11. 9. 2001 in den USA – trotz gleicher Anschuldigungen und nahezu identischer Indizien: Die Verurteilung des Marokkaners El Motassadeq hob er auf, weil das Oberlandesgericht Hamburg dabei ihm vorenthalte, möglicherweise entlastende Aussagen in den USA nicht berücksichtigt hatte. Dann bestätigte es den Freispruch für Motassadeqs Landsmann Mzoudi, sprach dann aber selbst El Motassadeq der Beihilfe zum Mord für schuldig. Wieder mit rein formalen Argumenten. Klaus-Peter Hofmann

Zitat

»Es reicht schon, an der Tankstelle vorbeizufahren, um sich ärmer zu fühlen.«